

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 19. September 1979

am Donnerstag, dem 20. September 1979

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	14, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	2, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	6, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	2, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	9, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	10, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	12, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	13, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3, 26 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

1. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bestimmung, wonach die Verpachtung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Landwirte, deren Gewinne nach § 4 Abs. 3 EStG und § 13 a EStG ermittelt werden, durch die Finanzbehörden als Entnahme gewertet werden kann (Abschnitt 13 a Abs. 2 Satz 9 EStR), zu einer beträchtlichen Beunruhigung unter den Landwirten geführt und zu einer weitgehenden Stagnation des landwirtschaftlichen Pachtmarkts beigetragen hat, und wenn ja, welche Folgen zieht sie daraus?
2. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung im Interesse der Schaffung von Rechtssicherheit und einheitlicher Rechtsanwendung in der Bundesrepublik Deutschland verbindlich erklären, daß die Verpachtung landwirtschaftlich genutzter Flächen ab 1. Juli 1979 durch den in der vorhergehenden Frage erwähnten Personenkreis von den Finanzbehörden nicht als Entnahme gewertet wird und somit nicht zu einer fiktiven Gewinnrealisierung und der damit verbundenen Zahlung hoher Einkommensteuerbeträge führt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

3. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Kenntnis von der Informationsveranstaltung, zu der die Kreisverwaltung München der ÖTV alle Soldaten, Beamte, Angestellte und Arbeiter der Bundeswehr im Raume München für den 14. September 1979 in das neue Wirtschaftsgebäude der Wehrbereichsverwaltung VI in München mit dem Hinweis eingeladen hat, es spreche der Kollege Dr. Hans-Jochen Vogel, Bundesjustizminister, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der die Veranstaltung genehmigende militärische Vorgesetzte und der Bundesjustizminister sich korrekt — insbesondere im Sinne der Vorschriften des Soldatengesetzes — verhalten haben?
4. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Konnte der in der für diese Veranstaltung versandten Einladung gestellten Bitte an die „Kommandeure und Dienststellenleiter“, Soldaten und zivilen Beschäftigten Dienstbefreiung zu gewähren, im Einklang mit den Vorschriften entsprochen werden, und wenn ja, welche Konsequenzen für die Zukunft müssen militärische Vorgesetzte und Dienststellenleiter innerhalb des gesamten Bereichs der Bundeswehr für Veranstaltungen dieser Art in Kasernen ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

5. Abgeordneter
Dr. Meyer zu
Bentrop
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, ab wann sowohl im öffentlichen wie im privaten Mietwohnungsbau — auch für Altbauten — die Abrechnung der Heizkosten über die Heizkostenverteiler für alle Wohnungen zur Pflicht wird?

6. Abgeordneter
Dr. Meyer zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung allgemein zu der Kritik, daß diese Geräte technisch noch nicht ausgereift seien, daß die heute verwendeten Verdunstungsgeräte den tatsächlichen Verbrauch nicht exakt ermitteln könnten und daß vorwiegend nur ein psychologischer Spareffekt erzielt werde, der jedenfalls nicht ausreiche, die Investitions- und Ablesekosten zu decken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

7. Abgeordneter
Thüsing
(SPD)
- Hat die Bundesregierung — wie der evangelische Theologe Professor Helmut Gollwitzer erklärte — von der seit Jahren der Regierung der Volksrepublik Vietnam in Aussicht gestellten Entwicklungshilfe bisher noch keinen Pfennig gezahlt, und teilt die Bundesregierung die Einschätzung, sie trage somit zum derzeitigen Flüchtlingselend bei, dessen Hauptursache die katastrophale wirtschaftliche Lage des durch den jahrelangen Krieg verwüsteten Vietnam sei?
8. Abgeordneter
Hansen
(SPD)
- Sieht auch die Bundesregierung die Zerstörung Vietnams durch totale Kriegsführung als eine der Ursachen für das Problem der Vietnamflüchtlinge an, und welche Umstände hindern die Bundesregierung gegebenenfalls, über eine gezielte Entwicklungshilfe an Vietnam den Wiederaufbau des zerstörten Landes zu fördern und damit eine der Ursachen für das Problem der Vietnamflüchtlinge beseitigen zu helfen, statt nur zwangsläufige Folgen zu lindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

9. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD)
- Ist bei Stellenausschreibungen von Bundesbehörden sichergestellt, daß sich aus dem Text der Ausschreibung mit hinreichender Deutlichkeit ergibt, die Stelle stehe sowohl männlichen als auch weiblichen Bewerbern offen?
10. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen bei der Herstellung von Zement festgestellten Vergiftungserscheinungen durch thalliumhaltiges Eisenoxyd?
11. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Durch welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, bei der Neufassung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft sicherzustellen, daß durch die Verwendung von Schwermetallen derartige Umweltschäden künftig vermieden werden können?
12. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Vorfällen in Hamburg (HCH-Emissionen) und Lengerich (Ausstoß von thalliumhaltigem Eisenoxyd), wo jeweils eine gefährliche Umweltverseuchung durch chemische Produkte eingetreten ist, obwohl die gesetzlich vorgeschriebenen Normen nicht verletzt wurden?

13. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das jetzt vorhandene Instrumentarium genügt, um eine Anreicherung langlebiger Schadstoffe in der Umgebung von Industrieanlagen zu verhindern?
14. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD) Sieht die Bundesregierung in der Erhebung eines Abonnementpreises von jährlich 495 DM für die Veröffentlichungen der aus dem Etat des Bundesinnenministers finanzierten „Gesellschaft für Reaktorsicherheit“, die laut einer Meldung von ppp (vom 12. September) seit kurzem erhoben wird, obwohl der entsprechende Etatansatz nicht gekürzt worden ist, eine erhebliche Beeinträchtigung der Informationsmöglichkeit für interessierte Personen und Bürgerinitiativen?
15. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Wie ist die neueste Beurteilung über die Benutzung von Rheinwasser als Trinkwasser?
16. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Was wird von seiten der Bundesregierung in Verbindung mit den angrenzenden Ländern z. Z. getan, um zu einer echten Verbesserung des Zustands des Rheinwassers zu kommen?
17. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in Schleswig-Holstein rund ein Drittel der Ortsverbände des Technischen Hilfswerks infolge der Kosten des Einsatzes bei der Schneekatastrophe und infolge der gestiegenen Energiepreise ihren Jahresetat bereits ausgeschöpft haben und daher zu einer ordnungsgemäßen Erledigung ihrer Aufgaben nicht mehr in der Lage sind?
18. Abgeordneter
Heyenn
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Mittel für 1979 aufzustocken, um diese Situation zu bereinigen?
19. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Ist nach Ansicht der Bundesregierung gewährleistet, daß keine Unterlagen von Kriegsdienstverweigerern an Organe des Verfassungsschutzes gelangen?
20. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Wie begründet die Bundesregierung die Äußerung ihres Sprechers Grünwald, es liege nicht an der Bundesregierung, wenn keine Kernkraftwerke gebaut würden, Gerichtsurteile seien dafür entscheidend, angesichts mehrerer seit Jahren ausstehender Genehmigungen für Kernkraftwerksneubauten, die nach § 7 des Atomgesetzes beantragt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

21. Abgeordneter
Rapp
(SPD) In welchen internationalen Organisationen sind unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland Bemühungen im Gang, den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr nach dem Vorgang des für den Warenverkehr geltenden Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) und mit vergleichbarer Zielsetzung der Freizügigkeit vertraglich zu regeln, und welches ist der Stand dieser Bemühungen?
22. Abgeordneter
Rapp
(SPD) Worin sieht die Bundesregierung Schwerpunkte ihrer eigenen Beiträge dazu?

23. Abgeordneter **Paintner** (FDP) Gibt es Berechnungen, in welchem Maß in diesem Jahr Energie hätte eingespart werden können, wenn die Sommerzeit eingeführt worden wäre?
24. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in welchem Umfang das 6000-MW-Programm „Bau neuer Steinkohlenkraftwerke“ nach dem Dritten Verstromungsgesetz verwirklicht ist, und welche neuen Steinkohlenkraftwerke im Bau sind, und welchen Ersatz- und Zubaubedarf an Steinkohlenkraftwerken bis 1985 sieht die Bundesregierung?
25. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD) In welchem Umfang sind in den letzten drei Jahren die Transportkostenzuschüsse und für welche Regionen in Anspruch genommen worden, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Transportkostenzuschüsse für revierferne Gebiete erhöht werden sollten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

26. Abgeordneter **Dr. Ritz** (CDU/CSU) Vertritt die Bundesregierung die Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs Gallus, nach der landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 200 000 Litern Milcherzeugung oder mit mehr als drei Kühen je Hektar mit einer stärkeren Milcherzeugerabgabe belastet werden sollten?
27. Abgeordneter **Dr. Ritz** (CDU/CSU) Kann die Bundesregierung die Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs Gallus bestätigen, daß der Vorschlag, die Milcherzeugerabgabe im vorgenannten Sinne zu erhöhen, an der ablehnenden Haltung der norddeutschen landwirtschaftlichen Großbetriebe, aber auch der Holländer, gescheitert sei, und um welche landwirtschaftlichen Großbetriebe handelt es sich dabei im einzelnen?
28. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über unterschiedliche Subventionierung von Blumen- und Gemüseanbau unter Glas innerhalb der EG vor, und sieht die Bundesregierung bei dem augenblicklichen Energiepreis noch eine marktgerechte Wettbewerbschance für die Erzeuger von Gemüse und Blumen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland?
29. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es für richtig, daß die Gasölbeihilfe für die Landwirtschaft, die in Wahrheit eine Steuerrückvergütung darstellt, im Subventionsbericht der Bundesregierung aufgeführt wird, und wenn ja, wie begründet sie das?
30. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung nach den gestiegenen Dieselölpreisen diesen Wettbewerbsfaktor für die Landwirtschaft im EG-Vergleich, und welche Kostenunterschiede gibt es?
31. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation, daß auf der am 13. September 1979 zu Ende gegangenen ANUGA spanischer Wein in traditionellen fränkischen Boxbeuteln angeboten wurde, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

32. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung in Anbetracht der Bedeutung der Rettungsflugwacht für den Transport kranker Menschen aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland gesetzgeberische Maßnahmen im Hinblick auf die von der Rechtsprechung verneinte Kostenübernahmepflicht der Träger der gesetzlichen Krankenversicherung?
33. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Welche Erfahrungen hat die Bundesanstalt für Arbeit bisher mit den ersten Berufsinformationszentren gemacht, und hält die Bundesregierung eine flächendeckende Einführung dieses Informationsangebots im Interesse einer besseren und umfassenden Hilfe für Jugendliche und Eltern bei der Berufswahl für notwendig?
34. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Wie wird sichergestellt, daß im Interesse einheitlicher Lebensbedingungen im Bundesgebiet ein gleichwertiges Informationsangebot der Berufsberatung, z. B. durch mobile Selbstinformationseinrichtungen für Gebiete außerhalb der Ballungszonen, insbesondere auch in ländlichen Regionen, zur Verfügung steht?
35. Abgeordneter
**Erhard
(Bad Schwalbach)**
(CDU/CSU) Welche Ergebnisse hat ein Modellversuch des Bundesarbeitsministeriums zur Anwendung einer computerverwendbaren Scheckkarte anstelle des Krankenscheins erbracht, und welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung aus dem Versuch zu ziehen?
36. Abgeordneter
**Erhard
(Bad Schwalbach)**
(CDU/CSU) In welcher Weise ist sichergestellt, daß bei einer Verwendung der Scheckkarte die Grundsätze des Datenschutzes beachtet werden, insbesondere daß kein Mißbrauch mit den persönlichen Daten des Patienten (Name, Anschrift) und der Kassenummer auf der Scheckkarte betrieben werden kann und die unbefugte Weitergabe dieser Daten ausgeschlossen wird?
37. Abgeordneter
Kratz
(SPD) Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus dem Erfahrungsbericht der Bundesanstalt für Arbeit vom 8. März 1978 über die Durchführung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu ziehen, in dem die Bundesanstalt für Arbeit klar darauf hinweist, daß die häufigste Form der Umgehung des AÜG die Scheinwerkverträge darstellen?
38. Abgeordneter
Kratz
(SPD) Welche Schritte hat die Bundesregierung seit der Veröffentlichung des Erfahrungsberichts im März 1978 unternommen, um für die Zukunft diese in der Praxis anzutreffenden klaren Umgehungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes zu unterbinden?
39. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz tätigen Erlaubnisbehörden, die Landesarbeitsämter, bei ihren Ermittlungen in bezug auf illegalen Arbeitnehmerverleih stark eingeschränkt sind, weil sie nach § 7 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes kein Prüfungsrecht haben, um auch bei den Entleihern entsprechende Kontrollen durchführen zu können, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

40. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß diese Einschränkung der Prüfungsmöglichkeiten den illegalen Arbeitnehmerleih begünstigt, und daß es dringend erforderlich ist, die Befugnisse der Erlaubnisbehörden auch auf die Entleiher auszudehnen, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?
41. Abgeordneter
Sieler
(SPD) Vertritt die Bundesregierung in bezug auf das Bußgeld wegen illegaler Arbeitnehmerüberlassung die Auffassung, daß die hier z. Z. geltende Höchstgrenze von 50 000 DM als Bußgeld für die Arbeitnehmerverleiher — im Hinblick auf die in dieser Branche gegebenen Gewinnmöglichkeiten — keine abschreckende Wirkung hat, und sind hier gegebenenfalls für die Zukunft Änderungen geplant, um sicherzustellen, daß Verstöße von Arbeitnehmerverleihern — aber auch Entleihern — gegen gesetzliche Bestimmungen nicht länger im voraus finanziell kalkulierbar sind?
42. Abgeordneter
Sieler
(SPD) Geht die Bundesregierung bei ihren Überlegungen davon aus, daß Verleih von gewerblichen Arbeitnehmern keine zusätzliche Mobilisierung von Arbeitsplatzreserven darstellt, sondern letztlich nur zu einer Verteuerung der Produktion führt?
43. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Anmeldung eines Gewerbes beim Gewerbeamt in der Regel weder eine fachliche Qualifikation verlangt, noch eine echte „Unbedenklichkeitsüberprüfung“ vorgenommen wird, und daß diese Praxis dazu geführt hat, daß jedermann eine Gewerbeerlaubnis erhält und einen Gewerbebetrieb eröffnen kann, eine Möglichkeit, die insbesondere Arbeitnehmerverleiher ausnutzen, um, getarnt als Gewerbebetrieb, im Wege eines Werkvertrags illegale Arbeitnehmerüberlassungen zu betreiben, und welche Wege sieht die Bundesregierung, um zu erreichen, daß in Zukunft der Weg zum illegalen Arbeitnehmerleih über das Gewerbeamt nicht mehr so einfach, wie heute üblich, zu begehen ist?
44. Abgeordneter
Nehm
(SPD) Weiß die Bundesregierung, daß die Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe zu einer Umgehung der Tarifeinheit in diesem wichtigen Wirtschaftszweig führt, weil die Leiharbeiter von den Tarifen der Betriebe, in denen sie tätig werden, nicht erfaßt werden, und beabsichtigt die Bundesregierung, hier eine gesetzgeberische Initiative zu ergreifen?
45. Abgeordneter
Nehm
(SPD) Trifft es zu, daß bei den für allgemein verbindlich erklärten Spezialtarifverträgen im Baugewerbe, die u. a. dem Ziel dienen, eine einheitliche Altersversorgung und einen Lohnausgleich zwischen Weihnachten und Neujahr zu gewähren, jede den Arbeitgebern eingeräumte Möglichkeit, das einheitliche Tarifgebiet zu verlassen, die gesamte tarifvertragliche Regelung gefährdet, und wenn ja, ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, dem entgegenzuwirken?

46. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zu, daß insbesondere im Baugewerbe mit dem hier herrschenden Facharbeitermangel die Arbeitnehmerverleihungsunternehmen Facharbeiter bei anderen Baufirmen abwerben, um ein Facharbeitermonopol einrichten zu können, mit dessen Hilfe größere Profit Chancen gegeben sind, und hat die Bundesregierung gegebenenfalls die hier vorhandene Gefahr schon erkannt, und welche Gegenmaßnahmen hat sie eventuell vorbereitet?
47. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Vertritt die Bundesregierung in Anbetracht dieser Zustände nicht auch die Ansicht, daß der Arbeitnehmerverleih im Baugewerbe volkswirtschaftlich nicht notwendig ist, aber sozialpolitisch höchst unerwünschte Auswirkungen hat, und zieht sie daher ein Verbot der Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe — d. h. eine Angleichung an die Regelung im Nachbarland Niederlande — als einzigen Schritt einer positiven Lösung in Betracht?
48. Abgeordneter
Biermann
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe zu besonders beklagenswerten Zuständen geführt hat durch die gerade hier besonders zahlreich anzutreffende Umgehung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes durch Scheinwerkverträge und den hohen Anteil von Scheinbaufirmen, die ihr Gewerbe nur eröffnet haben, um durch Scheinwerkverträge illegalen Arbeitnehmerverleih zu treiben?
49. Abgeordneter
Biermann
(SPD) Ist der Bundesregierung weiterhin bekannt, daß die beklagenswerten Zustände im Baugewerbe u. a. auch verursacht wurden durch die hohe Anzahl legal aber insbesondere auch illegal tätiger ausländischer Arbeitnehmerverleihfirmen außerhalb des EG-Bereichs, die infolge der relativ geringen Kontrollmöglichkeiten nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz kaum in ihrer Tätigkeit behindert werden, und die starke Aktivität von ausländischen Arbeitnehmerverleihfirmen aus dem EG-Bereich, insbesondere aus den Niederlanden, welche, da ihre Tätigkeit im eigenen Land verboten ist, nunmehr sehr stark und gezielt auf dem deutschen Arbeitsmarkt tätig werden?
50. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) In welcher Weise wird im Referentenentwurf einer Werkstättenverordnung der Forderung Rechnung getragen, daß die Höhe des Entgelts im Arbeitsbereich mindestens der des im Trainingsbereich gezahlten Ausbildungsentgelts entspricht?
51. Abgeordneter
Braun
(CDU/CSU) Ist eine Regelung vorgesehen, daß der Träger der Sozialhilfe auf die Kostenerstattung aus den Nettoerlösen der Werkstätten verzichten kann, um ein angemessenes Entgelt im Arbeitsbereich zu gewährleisten?
52. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU) Ist durch die nunmehr erarbeitete Vorlage der Werkstättenverordnung hinreichend gewährleistet, daß insbesondere die Gestaltungs- und Organisationsfreiheit der freien Träger von Werkstätten für Behinderte erhalten bleibt?
53. Abgeordneter
Burger
(CDU/CSU) Ist im Referentenentwurf sichergestellt, daß die wirtschaftliche Seite nicht gegenüber der notwendigen sozialpolitischen Komponente überbetont wird?

54. Abgeordneter
Dr. Pfennig
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesanstalt für Arbeit bei der Erteilung von Arbeitserlaubnissen an ausländische Arbeitnehmer auf Intervention des weisungsbefugten Bundesarbeitsministeriums in den Ausweisen den räumlichen Geltungsbereich neuerdings mit „Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)“ angibt, und zwar deswegen, weil die sowjetische Regierung bei der Bundesregierung die alte Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West)“ als unvereinbar mit dem Viermächteabkommen beanstandet hat?
55. Abgeordneter
Dr. Pfennig
(CDU/CSU)
- Hat der Bundesarbeitsminister gegebenenfalls dabei berücksichtigt, daß bei Aufenthaltserlaubnissen für Ausländer z. B. in Berlin die alte Bezeichnung verwendet wird und daß der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages eine ähnliche Bezeichnungsänderung bereits bei den Aufdrucken für Postscheckbriefe und Fernmelderechnungen beanstandet und die Rückkehr zur früheren Bezeichnung „im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) gebührenfrei“ in Erledigung der Petition (600)-8-901-8563 gefordert hat?
56. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung „Mitnehmer-Effekte“ beim 500 Millionen DM Arbeitsmarktprogramm für Gebiete mit hoher Arbeitslosigkeit verhindern, insbesondere dort, wo keine Betriebsräte existieren?
57. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung die bedauerliche Tatsache, daß nur die Hälfte der Berufsanfänger zur gesetzlich vorgeschriebenen Nachuntersuchung geht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

58. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Welche Meinung vertritt die Bundesregierung zu dem Vorschlag des Präsidenten des Deutschen Kinderschutzbunds, Prof. Dr. med. Nitsch, einen Kinderbeauftragten zu berufen, der bei Behörden als Berater in Kinderangelegenheiten tätig wird?
59. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß nach einem offenen Brief des von der Bundesregierung geförderten Vereins „Pro-Familia-Deutsche-Gesellschaft e. V. Bremen“ (Deutsches Ärzteblatt, Heft 31 vom 2. August 1979, S. 1966 ff.) als soziale Indikation für eine Abtreibung alles das gilt, was gegen die Bedürfnisse und Lebensperspektive der Frauen gerichtet ist und sie gefährdet und was einer gesicherten Zukunft und emotional schützenden Erziehung von Kindern entgegensteht, und hält sie dies für verfassungskonform?
60. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung ihrer Modellberatungsstelle „Pro-Familia“ in Bremen die finanzielle Unterstützung versagen, das Modell sperren oder in welcher Weise korrigieren, wenn die Praxis dem Inhalt des offenen Briefs folgt?
61. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Wieviel Beratungen und Abtreibungen wurden bisher von dem staatlich bezuschußten „Bremer Beratungszentrum“ durchgeführt?

62. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus den Feststellungen des Dritten Familienberichts zur Unterversorgung kinderreicher Familien mit Wohnungen und zur unzureichenden Berücksichtigung der Kinder bei den Förderungsinstrumentarien der Wohnungspolitik ziehen?
63. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, noch in der laufenden Legislaturperiode die von der Sachverständigenkommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnungsversorgung der Familien mit Kindern, insbesondere die Verbesserung des Wohngelds zugunsten von Familien mit Kindern sowie die familiengerechtere Ausgestaltung der Förderung zur Erlangung von Wohneigentum, aufzugreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

64. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Transitzüge von und nach Berlin auf bestimmten, vom Unterbau her dafür völlig ungeeigneten Teilstrecken (z. B. in der Nähe von Halle an den Leuna-Werken vorbei) mit unzumutbarer Geschwindigkeit fahren und die Fahrgäste dieser Transitzüge sich dadurch ständig in einer lebensbedrohenden Gefahr befinden, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls baldige Abhilfe schaffen?
65. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU)
- Wieviel Überfälle, andere kriminelle Handlungen und sonstige Belästigungen sind in den letzten Monaten in den Zügen der Deutschen Bundesbahn gegen Fahrgäste verübt worden, und in wieviel Fällen konnten die Täter ermittelt werden?
66. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Welche Sicherheitsmaßnahmen hat die Deutsche Bundesbahn ergriffen bzw. beabsichtigt sie zu ergreifen, um ihre Fahrgäste insbesondere in den Fernschnellzügen und nachts vor Überfällen, Raub und Diebstahl zu schützen, so daß die Bürger in unserem Land sicher und sorglos die Deutsche Bundesbahn benutzen können?
67. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung angesichts immer wiederkehrender Meldungen von Eisenbahnunfällen auf der Deutschen Reichsbahn in der DDR Veranlassung, mit den dortigen Behörden Verhandlungen über die Sicherheit auf den Transitstrecken von und nach Berlin aufzunehmen?
68. Abgeordneter
Paintner
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß zahlreiche Verkehrsampeln an weniger befahrenen Straßen nachts abgeschaltet werden könnten, was den Verkehrslärm durch unnötiges Bremsen mildern und den Kraftstoffverbrauch bei überflüssigem Halten und Anfahren reduzieren würde, und wird sie gegebenenfalls entsprechende Empfehlungen geben?

69. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
Kann die Bundesregierung erklären, warum die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich im Hinblick auf die Gefährdung von Kindern im Straßenverkehr eine so ungünstige Position einnimmt, und beabsichtigt sie, die Unfallursachenforschung bei Kinderverkehrsunfällen voranzutreiben?
70. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
Wird die Bundesregierung ihre Streckenstilllegungspläne bei der Deutschen Bundesbahn auf Grund der Ergebnisse der Anhörungsverfahren und im Hinblick auf die Veränderung auf dem Energiesektor jetzt endgültig aufgeben?
71. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
Trifft es zu, daß die vom Vorstand der Deutschen Bundesbahn nunmehr erfaßten Eisenbahnstrecken, auf denen der Personenverkehr eingestellt werden soll, im Einvernehmen mit dem Bundesverkehrsminister erfolgt ist, und wird die Bundesregierung diesen Plan weiterverfolgen?
72. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
Gibt es immer wieder neue Verlautbarungen aus dem Bundesverkehrsministerium in bezug auf Streckenstilllegungen, die einem Zickzack-Kurs gleichen, wie z. B. auf der Strecke Herberlingen-Aulendorf und Aulendorf-Kißlegg, und für wie schädlich hält die Bundesregierung gegebenenfalls solche Verlautbarungen, und teilt sie die Ansicht, daß es für Investitionsentscheidungen für Unternehmen sicher nicht sehr dienlich ist, wenn Verkehrsverbindungen auf dem Schienenweg immer wieder in Frage gestellt werden?
73. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
Welche werbenden Maßnahmen mit dem Ziel, die Bevölkerung zur verstärkten Benutzung des Personenschienenverkehrs zu veranlassen, hat die Deutsche Bundesbahn in den vergangenen fünf Jahren zugunsten der Bahnstrecken Herberlingen-Aulendorf-Kilegg und Kempten-Isny getroffen, und welche sonstigen Anstrengungen zu diesem Zweck — insbesondere die Einschränkung konkurrierender eigener Verkehrsmittel — hat sie im selben Zeitraum unternommen?
74. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der bisherige Straßenbau zu wenig auf die Belange und Sicherheitsbedürfnisse der Fahrradfahrer abgestellt war, und was plant sie konkret im Hinblick auf die ständig anwachsende Zahl der Fahrradfreunde?
75. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
Wird die Umschreibung von Fahrerlaubnissen der Klasse 4, die vor dem 1. Dezember 1954 erteilt worden sind, auf Fahrerlaubnisse der Klasse 3 für Berechtigte mit mehr als 250 ccm gegebenenfalls bis zu 750 ccm im Rahmen des § 5 Abs. 3 Nr. 1 StVZO bundeseinheitlich gehandhabt, und ist dem Bundesverkehrsministerium bekannt, daß eine unterschiedliche Praxis in den Bundesländern, wie z. B. Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz erfolgt?
76. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
Darf einem Bundesbürger bei der Neuausstellung seines Personalausweises in diesem Personalausweis die Bezeichnung „CSSR“ eingetragen werden, wenn dieser seinen Geburtsort im früheren Sudetenland hat?

77. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) Gibt es überzeugende Gründe, die die Bundesregierung veranlassen könnten, ihre Beschlüsse vom 27. April 1977 und 14. Juni 1978 aufzuheben und eine Überleitung des Postreisedienstes auf die Deutsche Bundesbahn zu beschließen, nachdem die Modellversuche mit den Regionalverkehrsgesellschaften — und auch nach der erklärten Auffassung der Bundesregierung im Deutschen Bundestag durch den Parlamentarischen Staatssekretär Haar am 9. März 1978 und am 7. Juni 1978 sowie durch den Parlamentarischen Staatssekretär Wrede am 16. März 1978 — ergeben haben, daß diese ohne Vernachlässigung der Verkehrsbedienung bedeutend wirtschaftlicher arbeiten als in öffentlich-rechtlicher Form?
78. Abgeordneter
Dreyer
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung Vorstellungen darüber entwickelt, wie bei einer Überleitung des Postreisedienstes auf die Deutsche Bundesbahn Einsparungen möglich sind, die einem Vergleich mit den Ergebnissen bei den Regionalverkehrsgesellschaften standhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

79. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt oder vermag sie schätzungsweise anzugeben, wie hoch die Zahl der Deutschen ist, die in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße leben?
80. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Womit begründet die Bundesregierung, daß in der zweiten Auflage des von Bundesminister Franke herausgegebenen „DDR“-Handbuchs der Verlauf der Demarkationslinie im Bereich der Elbe (Schnakenburg-Lauenburg) im Gegensatz zur ersten Auflage von 1975 nicht mehr eingezeichnet ist?
81. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) Sieht sich die für die Herausgabe verantwortliche Bundesregierung mit der Nichtmarkierung der Zonengrenze im genannten Bereich im Widerspruch zum Urteil des Bundesgerichtshofs vom 2. Februar 1977, in dem es in der Begründung heißt, daß „ . . . nach der geschichtlichen Entwicklung seit 1945 die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR am Ostufer der Elbe . . . verläuft“, und im Gegensatz zur bisherigen Rechtsauffassung der Bundesrepublik Deutschland, die sich mit diesem Urteilsspruch in Übereinstimmung befand?
82. Abgeordneter
Böhm (Melsungen)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den in dem Organ der Kampfgruppen der DDR „Der Kämpfer“ beschriebenen „Anschauungsunterricht zur gefechtsnahen Ausbildung“, bei dem gefechtsnahe Ausbildung am und im Panzerfahrzeug geübt wurde, und läßt dies nicht den Schluß zu, daß im Gegensatz zur bisherigen Darstellung der Bundesregierung die Kampfgruppen der DDR doch an Panzern ausgebildet werden und über sie verfügen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

83. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Wie ist es mit dem Gebot der Überparteilichkeit in der Amtsführung eines Ministers zu vereinbaren, wenn der Bundesforschungsminister, Dr. Hauff, auf Briefbögen mit offiziös wirkendem Briefkopf „Volker Hauff, Bundesminister für Forschung und Technologie“ (und ebenso mit gleichlautender Unterschrift bzw. Unterzeile) für eine „Mitarbeit in der SPD“ wirbt und anbietet, „über die Aktivitäten der SPD in Esslingen“ zu informieren?
84. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die von Bundesminister Dr. Hauff verwandten Briefköpfe suggerieren, daß er in seiner Eigenschaft als Bundesminister Werbeaktivitäten unternimmt, und wenn ja, ist der Bundeskanzler bereit, Bundesminister Dr. Hauff darauf hinzuweisen, daß er in seiner Eigenschaft als Bundesminister keine Werbeaktionen für eine bestimmte Partei vornehmen darf und deshalb künftig auf die Verwendung von Briefköpfen verzichten muß, die eine derartige Tätigkeit suggerieren?
85. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Aus welchen Gründen wurden Anträge auf Forschungsförderung von privaten Unternehmern für Modellversuche zur Nutzung alternativer Energien zur Hausbeheizung abgelehnt (s. Zeit-Magazin 7. September 1979)?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

86. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Hat sich der Bundeskanzler in seinem Fernsehgespräch am 30. August 1979 im Berliner Reichstag u. a. mit seiner Äußerung „Eines ist mir nicht vorstellbar, daß Gebiete in deutsche Hand zurückkehren, in denen Deutsche heute nicht mehr siedeln. Ich würde auch nicht glauben, daß das heute irgend jemand in Deutschland, in Europa gut tun würde, auch dem Frieden gut tun würde“ in Gegensatz gesetzt zur Verpflichtung des Grundgesetzes zur Wahrung der staatlichen und nationalen Einheit, zum Deutschlandvertrag von 1954 und zu dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag und dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Juli 1975, wonach Deutschland in seinen Grenzen von 1937 nicht aufgehört hat zu existieren und wonach auch der Bundeskanzler diese Rechtsposition selbst dann nicht aufgeben darf, wenn sie z. Z. nicht durchsetzbar ist, und wenn ja, aus welchen Gründen?
87. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Ist der Bundeskanzler bereit, im Zusammenhang mit seiner weiteren Aussage „Wenn man ein bißchen in der Geschichte zurückdenkt oder sich orientiert, wie es damals war – 20, 30, 100 oder 200 Jahre – dann gibt es Gebiete, da haben nacheinander Wenden und andere slawische Völker, dann Polen, Russen, dann deutsche Ritter, dann wieder Polen gesiedelt – ein ewiges Hin- und Hergeschiebe. Um Gottes Willen, laßt uns da nicht wieder an-

fangen“, sich darüber zu informieren, wie nicht nur „deutsche Ritter“, sondern Millionen Deutsche aller Schichten, vor allem Bauern und Handwerker, seit dem 12. Jahrhundert die ostdeutschen Gebiete des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 besiedelten und kulturell, religiös, rechtlich, wirtschaftlich und menschlich entscheidend gestalteten?

88. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung die Aussage des Bundeskanzlers erläutern, daß es in Ostdeutschland „ein ewiges Hin- und Hergeschiebe“ gegeben habe, und wo in diesem „Hin- und Hergeschiebe“ die Russen an der Reihe gewesen sein sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

89. Abgeordneter
Ludewig
(FDP)
- Trifft es zu, daß das polnische Außenministerium in Warschau auf der Verbindlichkeit der Schulbuchempfehlungen besteht, das Auswärtige Amt jedoch diese polnische Meinung nicht teilt und dies in einem Brief an die Kultusministerin Frau Laurien bestätigt hat?
90. Abgeordneter
Ludewig
(FDP)
- Wie ist – wenn diese Schilderung den Tatsachen entspricht – der Wortlaut dieses Briefs des Auswärtigen Amtes an Frau Laurien, und was gedenkt die Bundesregierung in der nächsten Zeit zu unternehmen, damit die Empfehlung der deutsch-polnischen Schulbuchkommission und die Empfehlung verschiedener Schulbuchkonferenzen des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig Einzug in die Schulbuchwirklichkeit finden und in die Richtlinien der Kultusminister der Länder aufgenommen werden?
91. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler die in der amtlichen Trybuna Ludu (laut BPA/Ostinformationen vom 23. August 1979) öffentlich verbreitete „klare Bekräftigung“ seitens des Parteichefs der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, „daß die Nachfolgestaaten, entstanden auf den Trümmern des Deutschen Reiches“ den „endgültigen Charakter der territorialen Festlegungen anerkennen, die in der Potsdamer Friedensregelung getroffen wurden“, tatsächlich gehört, und wenn ja, hat er dies mit dem Hinweis auf die in Art. IV des Warschauer Vertrages vereinbarte volle Fortgeltung des Art. 7 des Deutschlandvertrages, der polnischen Übernahme des alliierten Friedensvertragsvorbehalts für Deutschland als Ganzes, die Erklärungen der Bundesregierung zum Offensein der ganzen deutschen Frage bis zu friedensvertraglichen Regelungen und das allgemeine Völkerrecht zurückgewiesen?
92. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Welche innerdeutschen Rechtsbereiche werden nach polnisch-kommunistischer Auffassung, wie sie dem Bundeskanzler bei seinem Besuch auf Hela dargelegt wurden, vom Warschauer Vertrag erfaßt (vergl. BPA-Ostinformationen vom 23. August 1979), und mit welchem Ergebnis haben diese Fragen beim Gespräch des Bundeskanzlers mit dem polnischen Parteichef Gierek eine Rolle spielt?

93. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Hat der Bundeskanzler in Budapest der Behauptung des amtlichen Budapester Senders widersprochen, nach der man sich des Eindrucks nicht erwehren kann, „daß sich Bonn und Washington in ihrer Außenpolitik voneinander entfernen“, und betrachtet er es nicht als unzulässige Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten, wenn der gleiche amtliche Sender dies als „einen Grund mehr“ bezeichnet, „der sozialliberalen Koalition weitere Erfolge in der standhaften Verfolgung ihrer Koexistenzziele zu wünschen“ (BPA Ostinformationen vom 4. September 1979)?
94. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Muß aus der Tatsache, daß der israelische Außenminister Moshe Dayan Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wegen dessen Unterstützung des „Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes“ stark kritisiert, andererseits dem Bundeskanzler wegen dessen „sehr herzlichen und freundschaftlichen Gefühls für Israel“ besonderes Lob gezollt hat, nicht der Schluß gezogen werden, daß innerhalb der Bundesregierung zur Palästinenserfrage unterschiedliche Ansichten bestehen, und welches ist nun die offizielle Haltung der Bundesregierung zum Palästinenserproblem und gegenüber der Palästinenserorganisation PLO?
95. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß in dem Buch „Schönes Deutschland“ offensichtlich historische Unrichtigkeiten enthalten sind, wie z. B. die Behauptung, die 1945 „aufgebrochene innerdeutsche Grenze“ entspreche offenbar einer „Bruchstelle im geopolitischen Fundament Mitteleuropas“ und die Behauptung, die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland leben historisch „aus anderen Wurzeln und Antrieben als ihre Brüder in der DDR“, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, die Verteilung des Buches „Schönes Deutschland“ durch deutsche Auslandsvertretungen und Zweigstellen des Goethe-Instituts einzustellen?
96. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß gegen den Willen des deutschen Volks noch immer modernst ausgerüstete gewaltige sowjetische Streitkräfte auf deutschem Boden stationiert sind, die dazu beitragen, den Deutschen jenseits der Demarkationslinie die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts zu verwehren, die Auffassung, daß die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland „als Beispiel gutnachbarlicher Beziehungen dienen können“ (Radio Moskau am 12. September 1979), oder was ist nach Auffassung der Bundesregierung erforderlich, um ein solches Verhältnis guter Nachbarschaft herzustellen?
97. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung gegen die Behauptung einer maßgeblichen polnischen Zeitschrift, die CDU/CSU seien gegen die Normalisierung der Beziehungen zu Polen und gegen die Entspannung in Europa?
98. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU)
- Bestehen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel eher „noch besondere“ oder „schon normale“ Beziehungen?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Wann wird die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften den Entwurf eines Vertragsgesetzes zur Wiener Vertragsrechtskonvention vorlegen, nachdem u. a. die mit uns befreundeten Staaten Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Italien, Kanada, Neuseeland, Österreich, Spanien und auch der Heilige Stuhl, insgesamt 33 Völkerrechtssubjekte, ratifiziert haben?
2. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Ist die Bundesregierung über das Ausmaß der Hungerkatastrophe in Kamputschea unterrichtet, und ist sie bereit, humanitäre Hilfe selbst oder durch Hilfsorganisationen zu leisten?
3. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Vietnam die auf der Genfer Flüchtlingskonferenz gemachte Zusage, den Flüchtlingsstrom in einer „vernünftigen Zeitspanne“ zu stoppen, eingehalten hat, und welche Maßnahmen Vietnam zu diesem Zweck getroffen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung veranlaßt, die Unterstützung der GRS-Informationdienste (Gesellschaft für Reaktorsicherheit mbH) künftig einzustellen, obwohl sie selbst die Auffassung vertritt, daß im Bereich der Kernenergie Diskussion dringend eine Verbreitung und Verbesserung der Information geboten wäre, und welche Gründe haben sie gegebenenfalls dazu veranlaßt?
5. Abgeordneter
Prangenberg
(CDU/CSU) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß der private Luftverkehr in dichtbesiedelten bzw. stark umweltbelasteten Gebieten zu merkbareren Mehrbelastungen der Umwelt führt, und wenn ja, in welchen Gebieten sind solche Veränderungen der Umweltbelastung nachgewiesen?
6. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die vom Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Herrn Schilling, erneut vorgeschlagene Lösung zu verwirklichen, für die Ansiedlung der Indochinaflüchtlinge ein eigenes Territorium zu erwerben?
7. Abgeordneter
Pieroth
(CDU/CSU) Läßt sich für die nächsten Monate überhaupt die Verwirklichung einer solchen Lösung absehen, und gibt es bisher ein Land, das die Bereitschaft erkennen läßt, über eine solche Lösung für die derzeit rund 500 000 Indochinaflüchtlinge in den Lagern mit sich verhandeln zu lassen?

8. Abgeordneter
Wissmann
(CDU/CSU) Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, um ihre begrüßenswerte Zusage vor dem Untersuchungsausschuß für humanitäre Hilfe, ca. 3 000 Indochinaflüchtlinge bis Ende Oktober im Zuge der Familienzusammenführung oder kleinere Gruppen in die Bundesrepublik Deutschland zu befördern, einzuhalten?
9. Abgeordneter
Wissmann
(CDU/CSU) Wieviel Einreisegenehmigungen für namentlich bekannte Personen hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Botschaften in Bangkok, Kuala Lumpur, Djakarta und dem Generalkonsulat in Hongkong zugesandt?
10. Abgeordneter
Wissmann
(CDU/CSU) Wie viele zusätzliche Hilfskräfte sind den drei Botschaften und dem Generalkonsulat bereitgestellt worden?
11. Abgeordneter
Wissmann
(CDU/CSU) Haben die deutschen Vertretungen Anweisungen erhalten, für diese Fälle das Aufnahmeverfahren zu vereinfachen?
12. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Inwieweit ist von dem Instrument der „nachträglichen Anordnung“ gemäß § 17 des Bundes-Immisionsschutzgesetzes in der Vergangenheit Gebrauch gemacht worden, und wie könnte dieses Instrument eingesetzt werden, um einen rechtzeitigen Abgang alter und umweltbelastender Anlagen sicherzustellen?
13. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um sicherzustellen, daß Investitionszuschüsse der Europäischen Gemeinschaften nur an solche Kohlekraftwerke gegeben werden, die ausschließlich Gemeinschaftskohle verfeuern?
14. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den Vorschlag von Bundestagspräsident Richard Stücklen, die Legislaturperiode des Deutschen Bundestages von vier auf fünf Jahre zu verlängern, aufzugreifen und gegebenenfalls ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren einzuleiten?
15. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Treffen die Feststellungen von Rüdiger Bless vom Institut für Naturschutz und Tierökologie der Bundesanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie in Bonn-Bad Godesberg, die er in seiner Publikation „Bestandsänderungen der Fischfauna in der Bundesrepublik Deutschland“ darlegt, heute noch zu, daß die Situation der Fische in den Binnengewässern ernst sei, da von den über 70 bodenständigen oder dort eingewanderten Süßwasserfischarten 52 mehr oder weniger gefährdet seien, und was kann nach Meinung der Bundesregierung gegebenenfalls getan werden, um dieser Entwicklung positiv zu begegnen?
16. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Besteht nach Meinung der Bundesregierung Veranlassung, die Verwendung von Klärschlämmen als Dünger zu überprüfen, nachdem sich in den vergangenen Monaten die Fälle häuften, daß die Klärschlämme mit Schwermetallen verseucht waren?

17. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Liegt der Bundesregierung ein offizieller Antrag auf Förderung der Erneuerungsarbeiten am Kloster Haydau in der Gemeinde Morschen im hessischen Schwalm-Eder-Kreis (Zonenrandgebiet) im Rahmen der kulturellen Zonenrandförderung vor, und auf welche Höhe beläuft sich gegebenenfalls dieser Antrag?
18. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung grundsätzlich bereit, die unbedingt erforderlichen Erneuerungsarbeiten am Kloster Haydau finanziell aus Zonenrandförderungsmitteln zu unterstützen, und sieht sie Möglichkeiten, der Gemeinde Morschen bei der Nutzung und Unterhaltung des Gebäudes zu helfen?
19. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Wie hoch waren die Beihilfeaufwendungen des Bundes für Bundesbeamte (außer Bundesbahn und Bundespost) und Richter sowie deren Familienangehörige in den Haushaltsjahren 1976, 1977, 1978, und mit welchen Beihilfeausgaben wird für sie in den Haushaltsjahren 1979 und 1980 gerechnet?
20. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Wie lauten die entsprechenden Zahlen für die beihilfeberechtigten Familienangehörigen von Soldaten?
21. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Wie viele der freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherten Bundesbeamten haben sich im Haushaltsjahr 1978 auf Krankenschein behandeln lassen, und wie hoch waren die sich aus der Versagung von Beihilfen zu Sachleistungen und Sachleistungssurrogaten ergebenden Minderausgaben des Bundes?
22. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit – sofern sie zu den vorgenannten Fragen keine präzisen Angaben machen kann –, gesichertes Zahlenmaterial – z. B. in einer Vierteljahressondererhebung – zu beschaffen und dieses bei der bevorstehenden Neuregelung der Beihilfevorschriften zu berücksichtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

23. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Aktionen von Atomkraftgegnern, durch die u. a. nach Pressemeldungen erheblicher Sachschaden entstanden sein soll, gegen die Durchführung der von den zuständigen Stellen genehmigten Probebohrungen in Gorleben in strafrechtlicher und haftungsrechtlicher Sicht, unter Berücksichtigung der Frage, ob das geltende Recht ausreicht oder ergänzungsbedürftig ist?
24. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wie hoch sind die Zahl der jährlichen Neuzugänge sowie der Auftragsbestand an Patentanmeldungen beim Deutschen Patentamt, und wieviel Zeit wird benötigt, um den vorhandenen Auftragsbestand neben den laufenden Neueingängen zu bearbeiten?
25. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wie lange dauert es durchschnittlich bis der Anmelder eines Patents vom Deutschen Patentamt die beantragten Schutzrechte erhält, welches wäre die theoretisch kürzeste Frist, um diesen Schutz zu erlangen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den derzeitigen Bearbeitungszeitraum zu verkürzen?

26. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wie teilen sich die beim Deutschen Patentamt angemeldeten Erfindungen auf mittelständische und Großbetriebe auf, und in welchem Verhältnis werden patentierte Erfindungen von mittelständischen bzw. Großbetrieben genutzt?
27. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Inwieweit werden die erteilten Patente in das im Aufbau befindliche Informations- und Dokumentationszentrum der Bundesregierung (IuD) aufgenommen, welche Möglichkeiten der Information verbleiben daneben dem Deutschen Patentamt, und was soll darüber hinaus geschehen, um patentierte Erfindungen einem breiteren Interessentenkreis als bisher zugänglich zu machen?
28. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nach dem derzeitigen Stand der Diskussion die Beseitigung der Benachteiligung der Urheber von Lichtbildwerken durch das Urheberrecht nicht länger hinausgezögert werden sollte, und ist sie bereit, sich dem Gesetzentwurf der CDU/CSU (Drucksache 8/2064) anzuschließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

29. Abgeordneter
Dr. Nöbel
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die bisherige Praxis der Finanzhilfen für Gemeinden des Bonner Raums zu überprüfen und durch Zuschüsse zu den Folgekosten der Einrichtungen, die durch den Bund veranlaßt sind, der sich abzeichnenden Entwicklung Rechnung zu tragen, nach der in Zukunft von den Folgekosten die stärksten Belastungen für die Gemeindehaushalte zu erwarten sind?
30. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß in der Bundeszollverwaltung von den rund 3 350 Oberinspektoren mehr als 1 500 Beamte, das sind 46 v. H., älter als 40 Jahre und rund 700 Oberinspektoren sogar älter als 50 Jahre sind, und daß bis zum Jahr 1985 nur schwach besetzte Jahrgänge in den Ruhestand treten, so daß die Fluktuation und die Beförderungschancen der nachwachsenden Beamten immer geringer werden?
31. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung bisher getan, um diesen Zustand zu beseitigen, bzw. welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um die Beförderungschancen der Oberinspektoren in der Bundeszollverwaltung zu verbessern?
32. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung nach dem gegenwärtigen Stand der Rechtsprechung die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

33. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Pläne bekannt, wonach die z. Z. geltende „Preisspannen-Verordnung für den pharmazeutischen Großhandel“ hinsichtlich ihrer Spannenregelung und/oder ihres Höchstspannencharakters einer Überprüfung unterzogen werden soll?

34. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß — wenn solche Pläne bestehen und verwirklicht werden sollten — der gesetzliche und gesundheitspolitische Auftrag der Apotheken, und zwar die Arzneiversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, durch ein weiteres Absinken ihrer ohnehin gefährdeten Ertragslage ernsthaft in Frage steht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
35. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU) Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung über die Wirkungsweise von Heizkörperthermostaten zu, daß nicht bei allen Fabrikaten die entsprechende Energieeinsparung gegeben ist, da sich Konstruktion und auch die Wirksamkeit sehr deutlich unterscheiden, und wenn ja, denkt die Bundesregierung an die Forderung nach einem Prüfungszeugnis, wobei zwischen Thermostaten für Schlaf- bzw. Wohnräume unterschieden wird?
36. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Transparenz der Preisbildung der Heizkosten bei Mietwohnungen?
37. Abgeordneter
Dr. Ahrens
(SPD) Was hält die Bundesregierung von der Einführung eines von Verbraucherseite geforderten „Wärmepasses“, der dem Mieter bereits vor Bezug der Wohnung eine Berechnung der auf ihn zukommenden Heizkosten gestattet und der zudem dazu beitragen kann, mit Energie zur Wohnungsheizung sparsam umzugehen?
38. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung verhindern, daß eine Korrektur des Stromtarifs II gerade kinderreiche und sozial schwache Familien, die zwangsläufig einen höheren Stromverbrauch haben, besonders belastet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

39. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Trifft es zu, daß ein außerlandwirtschaftlich Beschäftigter, der sich zu seinem Hobby Tiere hält, z. B. Pferde, und mehr als einen Hektar Land bewirtschaftet, als landwirtschaftlicher Unternehmer gezählt wird, obwohl er aus seinem „landwirtschaftlichen Betrieb“ nichts zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt und dieses Hobby ausschließlich aus seinem außerlandwirtschaftlichen Haupteinkommen finanziert, und wenn ja, bekommt ein solcher „landwirtschaftlicher Unternehmer“, der die Landwirtschaft nur als Hobby betreibt, wenn er eine entsprechend große Fläche bewirtschaftet, im Alter auch die landwirtschaftliche Altershilfe?
40. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Liegen der Bundesregierung Angaben über die Kosten der Agrarpolitik bzw. über die Subventionierung der Lebensmittelpreise in der DDR vor, und ergeben sich Konsequenzen daraus für unsere eigene agrarpolitische Diskussion?

41. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Maß bei uns und in vergleichbaren Ländern Stroh bereits zu Heizzwecken verwendet wird, und ob solche Heizungen im Vergleich zu Gas- oder Ölheizungen rentabel und in ausreichender Menge auf dem Markt zu haben sind?
42. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Welche Antwort hat Bundesminister Ertl von der EG-Kommission auf seine Forderung erhalten, umgehend dafür zu sorgen, daß sich in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft die Preise für alle Energiearten nach Angebot und Nachfrage ausrichten müssen und in den Niederlanden dann als Maßstab für den Erdgaspreis der Preis für leichtes Heizöl herangezogen werden sollte, das in den übrigen Mitgliedstaaten verwendet wird, mit dem Ziel, in Zukunft die deutschen Gartenbaubetriebe wettbewerbsfähig zu halten (siehe Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Susset, Drucksache 8/2948, Frage A 55)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

43. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß das durch die fünfte Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG) geschaffene neue arbeitsmarktpolitische Instrument der Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten für Arbeitslose nach § 41 a AFG schnell und flächendeckend im gesamten Bundesgebiet eingesetzt wird, damit insbesondere dem Personenkreis der Schwervermittelbaren eine gezielte Hilfe angeboten werden kann?
44. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß insbesondere auch die von den Gewerkschaften und den Trägern der Erwachsenenbildung und der nachgehenden sozialen Betreuung geschaffenen Bildungseinrichtungen die geeigneten Träger der Maßnahmen zur Verbesserung der Vermittlungsaussichten sind, und was ist geschehen, um diese Bildungsträger für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen?
45. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU) Welche Teilbeträge haben die einzelnen Arbeitsamtsbezirke des bayerischen Grenzraums zugeteilt erhalten nachdem das „arbeitsmarktpolitische Schwerpunktprogramm für Regionen mit besonderen Beschäftigungsproblemen“ abgeschlossen ist?
46. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß der überwiegende Teil des finanziellen Schwerpunktprogramms an Großbetriebe vergeben wurde?
47. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Auswertung eines in Schleswig-Holstein durchgeführten Versuchs, den Krankenschein künftig durch eine „Krankenscheckkarte“ zu ersetzen, und welche Probleme müssen noch gelöst werden, bevor der Versicherten ausweis für alle Mitglieder in der sozialen Krankenversicherung eingeführt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

48. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, mit den betroffenen Städten, Gemeinden und Kreisen die Probleme zu erörtern, die sich aus den geplanten Nutzungsänderungen des militärischen Übungsgeländes im Viernheimer Wald für die Wasserversorgung und das ökologische Gleichgewicht in diesem Raum ergeben?
49. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung bestätigen, daß es bei der Treibstoffversorgung der in Decimomanu (Sardinien) übenden Luftwaffenverbände wiederholt zu Schwierigkeiten gekommen ist, und dadurch oftmals das Erreichen der Ausbildungsziele in Frage gestellt bzw. in Einzelfällen sogar die Rückverlegung der dort übenden Verbände erforderlich wurde, und falls das zutrifft, auf welche Ursachen sind diese Mißstände zurückzuführen?
50. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu ergreifen, um eine optimale Ausbildung der Luftwaffenverbände für die Dauer ihrer Stationierung auf Sardinien zu gewährleisten?
51. Abgeordneter
Kretkowski
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Kreiswehrrersatzamts in Kiel (Bescheid an den Wehrpflichtigen Christian Christiansen AZ. Reg. Nr. PA 399/58/79), daß ein bewaffneter Überfall auf die Opec-Staaten kein Angriffskrieg sei, oder ist sie der Meinung, daß die Haltung des Kreiswehrrersatzamts undemokratisch ist und unserem Grundgesetz (Artikel 26, 115 a), dem Völkerrecht sowie der UNO-Resolution 3314 von 1974 zuwiderläuft, und was gedenkt sie gegebenenfalls zu tun, um eine solche Haltung für die Zukunft auszuschalten?
52. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU) Warum hat es die Bundesregierung bisher angesichts der grundlegenden Veränderungen der seestrategischen Situationen im Indischen Ozean und ihrer Rückwirkungen auch auf vitale deutsche Versorgungslinien und angesichts der dadurch noch gewachsenen Bedeutung des von der Republik Südafrika kontrollierten Seegebiets und Luftraums unterlassen, einen Militärattaché an die deutsche Botschaft in Pretoria zu entsenden?
53. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Hat der Bundesverteidigungsminister einen konkreten Zeitplan für die Vorlage und Behandlung seines im Weißbuch 1979, Seite 231, angekündigten Lösungsvorschlags zur Beseitigung bzw. Verminderung des Verwendungs- und Beförderungsstaus, und wenn ja, wie sieht er aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

54. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wieviel Verkehrsunfälle pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland geschehen bei denen die Fahrer unter Einfluß von Medikamenten standen, und beabsichtigt die Bundesregierung zu veranlassen, daß die Gebrauchsanweisung für Medikamente nicht nur in einer dem Laien verständlichen Sprache abgefaßt, sondern auch im Fall der Beeinträchtigung der Fahrtüchtigkeit mit besonderen Warnzeichen versehen werden?

55. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit bei den Prüfungen von angehenden Medizinern und Pharmazeuten schriftliche Multiple-choice-Verfahren (Antwort-Wahlverfahren) zur Anwendung kommen?
56. Abgeordneter
Dr. Zumpfort
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherigen Erfahrungen mit Multiple-choice-Verfahren im Hinblick auf die Anforderungen, die an sachgerechte Prüfungen für Mediziner und Pharmazeuten zu stellen sind?
57. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den Erkenntniswert und Nutzen der vom Bundesgesundheitsamt erzwungenen Informationen in den Beipackzetteln für clofibrathaltige Arzneimittel über die Ergebnisse epidemiologischer Studien für den Patienten, und wie gedenkt die Bundesregierung zu verhindern, daß der Patient mit ungeklärten wissenschaftlichen Aussagen belastet wird?
58. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Wie stellt sich die Bundesregierung zu folgendem Satz in dem Widerspruchsbescheid des Bundesgesundheitsamts (R-7251-01-Clofibrat-2863/145 vom 26. Juli 1979), „Der Nutzen einer Behandlung mit Clofibrat erschöpft sich nach gegenwärtigem Wissen praktisch darin, daß Patienten mit hohen Blutfettwerten, einem unbestreitbaren Risikofaktor für koronare Herzkrankheiten, in besonderer Weise gefährdet sind, einen Herzinfarkt zu erleiden, der tödlich verlaufen kann“, und gedenkt sie, das BGA zur Abfassung von Formulierungen anzuweisen, die bezüglich seines logischen und wissenschaftlichen Gehaltes keiner weiteren nach dem deutschen Sprachgebrauch aussagefähigen und unmißverständlichen Erläuterungen bedürfen?
59. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Welchen therapeutisch sinnvollen Wert für den Patienten erkennt die Bundesregierung in folgender Formulierung des vom Bundesgesundheitsamt vorgeschriebenen Beipackzettels für Clofibrat „Aus Ergebnissen langfristiger Tierversuche geht hervor, daß unter fünf bis achtfacher therapeutischer Dosierung von Clofibrat bei Ratten und Mäusen vermehrt gutartige und bösartige Lebertumoren auftreten; eine niedrigere Dosierung wurde nicht geprüft; die Bedeutung dieser Versuchsergebnisse für den Menschen ist bisher noch umstritten“, und wie soll der Patient in der Lage sein, zu beurteilen, ob eine Substanz karzinogen ist oder nicht, wenn sich die Sachverständigen diesbezüglich nicht entscheiden können?
60. Abgeordneter
Neumann
(Bramsche)
(SPD) Inwieweit kann durch Aufklärung über psychische Ursachen körperlicher Gesundheitsschädigungen die Gesundheitserziehung der Familien durch die Bundesregierung unterstützt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

61. Abgeordneter
Jung
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob eine grenzübergreifende Planung der A 8 – Trasse von Pirmasens durch das Nordelsaß mit Rheinübergang und Anschluß an die A 5 im Rahmen der gemeinsamen Verkehrspolitik in der EG grundsätzlich möglich ist?

62. Abgeordneter
Jung
(FDP) Führt die Verknüpfung dieser „europäischen A 8-Trasse“ mit der A 652, die mit der „Route Industrielle“ als linksrheinische Autobahn ausgebaut werden soll, zur notwendigen Verkehrsentszerrung im Großraum Karlsruhe, und damit – unter günstigeren topographischen Bedingungen und deshalb preisgünstiger – zur Verbesserung der Erschließung des Raumes beiderseits der EG-Binnengrenzen?
63. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß deutsche Kraftfahrer im Ausland erhebliche Schwierigkeiten bei der Schadensregulierung nach Autounfällen haben, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um diese Schwierigkeiten zu reduzieren?
64. Abgeordneter
Reichold
(CDU/CSU) Stellt die Bundesregierung Überlegungen an, die geplanten Streckenstilllegungen im Bereich der Deutschen Bundesbahn zurückzuziehen, und wenn ja, welche Auswirkungen hat dies auf den Streckenbereich im Raum Oberpfalz und Niederbayern?
65. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Planungen hinsichtlich der Streckenstilllegung von Bundesbahnstrecken im Lahn-Dill-Kreis hat die Bundesregierung, nachdem die Regionalgespräche stattgefunden haben und die ursprünglichen Überlegungen über das „betriebswirtschaftlich optimale Netz“ revidiert werden sollen?
66. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wann ist mit einer verbindlichen Kabinettsentscheidung in dieser Angelegenheit zu rechnen?
67. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Errichtung von Lärmschutzwänden auf der Südseite der Brücke der Bundesautobahn Sauerlandlinie in der Ortslage Haiger-Sechshelden, nachdem die Lärmschutzmaßnahmen an der nördlichen Seite der Vollendung entgegengehen bzw. zügig ausgeführt werden sollen?
68. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Wie ist der letzte Stand hinsichtlich der Inbetriebnahme der elektrifizierten Bahnstrecke Rheine-Leer-Emden, und mit welchen Zeitvorstellungen rechnet die Bundesregierung?
69. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wann wird die Umgehung Sinzenich im Zuge des Ausbaus der Bundesstraße B 477 gebaut?
70. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Welchen Vorschlag wird das Bundesverkehrsministerium im Rahmen der Fortschreibung des Bundesfernstraßenprogramms für die Dringlichkeitseinstufung zur B 229 n im Stadtgebiet Remscheid unterbreiten?
71. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) Von welchen zeitlichen Vorstellungen für Rohbau, Innenausbau und Geräteausstattung geht die Deutsche Bundespost für den Neubau und die Inbetriebnahme der Fernmeldevermittlungsstellen Bad Oeynhausen und Lübbecke aus?
72. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) Lassen sich für beide Vorhaben, die für die Einführung der Telefonnahbereiche in den Ortsnetzen Bad Oeynhausen, Vlotho, Bad Oeynhausen-Bergkirchen, Lübbecke, Preußisch Oldendorf, Hüllhorst, Stemwede-Levern zwingend erforderlich sind, solche Beschleunigungen erreichen, die eine Umstellung schon vor 1982 ermöglichen können?

73. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU) Warum ist die Bundesregierung angesichts der hohen Überschüsse im Fernmeldebereich nicht bereit, die Fernsprechteilnehmer eines Ortsnetzes in jedem in Frage kommenden Fernsprechbuch grundsätzlich vollständig aufzuführen, auch wenn die Fernsprechteilnehmer auf Grund ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Gemeinden nicht im Geltungsbereich desselben amtlichen Fernsprechbuchs wohnen?
74. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Womit begründet das Postamt in Essen und die es anweisende übergeordnete Dienststelle den angeblich politischen Charakter des Sonderstempels mit den Tatsachen: 4300 Essen 1/14. Hindenburger Heimattreffen Patenschaft Essen/Hindenburg/OS, obwohl gleichlautende Sonderstempel 1973, 1975 und 1977 nach der geltenden Postordnung – zuletzt 2. Juli 1977 – zugelassen worden waren, und weshalb kann die Anführung bestehender und rechtlich (sowohl staats- wie völkerrechtlich) zulässiger Tatsachen ein Ablehnungsgrund sein?
75. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Ist dem Bundespostministerium die erhebliche Unruhe unter den Kunden der Deutschen Bundespost im Nordteil des Landkreises Diepholz bekannt, die durch das Fortlassen des Ortsnetzes Bremen im neuen amtlichen Fernsprech- sowie Branchenbuch Bremerhaven/Rotenburg/Diepholz entstanden ist, und wenn ja, welche Maßnahmen werden getroffen, um hier Besserung eintreten zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

76. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Wie viele Angehörige der Streitkräfte der DDR sind seit dem 1. Januar 1973, geordnet nach den einzelnen Jahren, aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland geflohen, wie viele davon unter Überwindung der Sperranlagen an der innerdeutschen Demarkationslinie?
77. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Welche Teilstücke der Demarkationslinie zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland sind in welcher Gesamtlänge und seit dem Inkrafttreten des innerdeutschen Grundlagenvertrags bis heute mit automatischen Tötungsapparaten am Metallgitterzaun ausgerüstet worden, und wie viele Personen sind im gleichen Zeitraum durch diese Apparate getötet bzw. verletzt worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

78. Abgeordneter
Jung
(FDP) Erwägt die Bundesregierung – wie die Presse meldete – statt des vorerst gescheiterten Entsorgungszentrums in Gorleben nun, in Karlsruhe eine mittlere Wiederaufbereitungsanlage für Abfall aus Kernkraftwerken zu errichten bzw. die Kapazität der in Karlsruhe befindlichen kleinen Wiederaufbereitungsanlage zu erhöhen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

79. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, daß Bundesmittel für die geplante Technische Universität in Hamburg-Harburg nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn ein bestimmter Standort in Harburg (Irrgarten/Denickestraße) berücksichtigt wird, und welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem Umstand bei, daß sich alle Fraktionen der Harburger Bezirksversammlung gegen diesen geplanten Standort ausgesprochen haben, und es in der Harburger Bevölkerung erhebliche Proteste gegen diesen Standort gibt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

80. Abgeordneter
Dr. Jentsch
(Wiesbaden)
(CDU/CSU)
- Wie wird die verstärkte Unterstützung gemäß den 17 Thesen der Bundesregierung zur Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern vom 30. Mai 1979 für den deutschen Sport (DSB, NOK, Sportfachverbände) aussehen, der anerkanntermaßen Erhebliches für die Sportförderung in den Entwicklungsländern leistet?

Bonn, den 14. September 1979

